



Androsch: „Ohne Reform wird Regierung Desaster erleben“

VON BERNHARD GAUL

Schule.

Die Experten des Bildungsvolksbegehrens kritisieren „sture Blockierer“.

Hannes Androsch befindet sich in einem Zustand „zorniger Besorgtheit“, erklärt er am Mittwoch. Drei Jahre ist es her, dass er mit namhaften Experten das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ startete. Immerhin 400.000 Bürger unterschrieben die zwölf Forderungen. „Ein Durchbruch gelang bisher nicht. Von einer Handvoll sturer Blockierer hat sich die Regierung dazu verleiten lassen, die 400.000

Bürger zu ignorieren“, schimpft Androsch. Mit sieben weiteren Initiatoren des Volksbegehrens ermahnt er die Regierung erneut, die Forderungen zu erfüllen. Andernfalls werde die Regierung bei der nächsten Wahl ein Desaster erleben.

Lobbyisten-Alarm

„Wenn die neue Regierung anders sein soll, muss sie die Anliegen des Bildungsvolksbegehrens umsetzen“, richtet auch Bernd Schilcher den Chefverhandlern der Koalition, Werner Faymann und Michael Spindelegger, aus. Der ehemalige steirische Landes- schulratspräsident ist besonders

„Die Anliegen des Bildungsvolksbegehrens hat die Regierung bisher abperlen lassen.“

Hannes Androsch
Initiator

erbost darüber, dass einerseits kein Experte des Volksbegehrens die Schule der Zukunft verhandle, andererseits der Chef der Lehrergewerkschaft dabei sei: „Es ist doch einzigartig auf der Welt, dass Lobbyisten schon vor der Reform mitreden dürfen.“ Stattdessen solle das Parlament über Schulrefo-

men entscheiden, wie das Grüne und Neos am Dienstag gefordert haben.

Bildungswissenschaftlerin Christiane Spiel appelliert an die Verhandler, einen „Weisenrat“ im Unterrichtsministerium einzurichten. In dem könne Expertise von allen Seiten eingebracht werden. Es sei ein „Konsens der Vernunft“ nötig, bevor Struktur reformen gemacht werden, ergänzt der AHS-Lehrer Daniel Landau. „Die Vorschläge liegen alle auf dem Tisch“, betont die ehemalige Wiener AHS-Direktorin Heidi Schrodtr. Die Regierung müsse das nur umsetzen.

Übrigens: Das Lehrerdienstrecht, das mit geringen Änderungen bald beschlossen werden soll, halten die Experten für unbrauchbar. Schilcher: „Das ist, als würde Red Bull ein Rennauto bauen, und erst zum Schluss erfahren, bei welcher Art Autorennen es eingesetzt werden soll.“

„Wir sacken in jedem internationalen Schulranking weiter ab“, ärgert sich Hannes Androsch



FRANZ GRUBER



NACHRICHTEN

Androsch fordert Weisenrat für Bildung

Die Proponenten des mittlerweile rund zwei Jahre zurückliegenden Bildungsvolksbegehrens um Ex-Vizekanzler Hannes Androsch (SPÖ) warnen vor einer möglichen Aufteilung von Unis und Wissenschaft in verschiedene Ressorts. In puncto Finanzen forderte Androsch, den Unis ihre Gebäude als Stiftungsvermögen zu übertragen. Das würde diesen jährlich 240 Millionen Euro zusätzlich bringen. Auf diese Summe müsse die Regierung nochmals 260 Millionen drauflegen. Zudem wird ein Weisenrat für Bildung gefordert, der etwa als Stabsstelle im Unterrichtsministerium angesiedelt sein sollte.



An Volksbegehren erinnert: 400.000 Unterstützer

Androsch gegen „sture Blockierer“ und fordert einen Bildungsweisenrat

Die Initiatoren des „Bildungs-Volksbegehrens“ machten am Mittwoch auf sich aufmerksam. Hannes Androsch und namhafte Experten fordern etwa die Schaffung eines „Weisenrats“ im Bildungsministerium. Von „sturen Blockierern“ habe sich Rot-Schwarz verleiten lassen, „400.000 Bürger zu ignorieren“ ■





Wissenschaft ist kein Blinddarm

Töchterle will „gebührenden Stellenwert“ für Unis

Wien – Ein bisschen durch die Blume und unter diplomatischer Zuhilfenahme einer lateinischen Vergleichsvokabel ließ Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle am Mittwoch wissen, dass er von einer etwaigen Filetierung des Wissenschaftsministeriums eher nichts hält. Auf die STANDARD-Frage, ob er sich Wissenschaft, wie rund um die Koalitionsverhandlungen kolportiert, als „Anhängsel“ des künftigen Wirtschaftsressorts oder eines neuen „Zukunftsministerium“ vorstellen könnte, antwortete er: „Der lateinische Ausdruck für Anhängsel ist Appendix und die bekannteste Appendix ist der Blinddarm. Das ist nicht der gebührende Stellenwert für Wissenschaft und Forschung.“

Unis und Wissenschaft müssten einen „gebührenden Stellenwert haben“, sagte Töchterle, der für die ÖVP das „Unterkapitel“ Wissenschaft federführend verhandelt. „Kundige Personen“ wie der Bundespräsident und die Universitätenkonferenz hätten dazu „eigentlich alles gesagt“: Beide sind gegen eine Auflösung des

Wissenschaftsressorts. Uniko-Vorsitzender Heinrich Schmidinger (Uni Salzburg) kann und will sich „ein geschwächtes Wissenschaftsministerium nicht vorstellen, weder eine Aufteilung noch eine Unterordnung in ein anderes Ministerium.“ Auch Hannes Androsch, Vorsitzender des Rats für Forschung und Initiator des Bildungsvolksbegehrens, warnte erneut vor einer möglichen Aufteilung in verschiedene Ressorts.

Für den Rektor der Uni Klagenfurt, Oliver Vitouch, wäre die „Anhängselstruktur“, sollte sie so realisiert werden, „die Strukturwerdung des Lippenbekenntnisses“, sagte er im STANDARD-Gespräch. Ein „Verschwinden des Wissenschaftsministeriums“ könnte „Anlass für ein ‚Unibrennt‘ in neuem Gewand sein“, erinnert Vitouch an die Studierendenproteste von 2009/10. Vitouchs Uni gehört zu jenen, die für insgesamt 22 Projekte (z.B. Umweltmanagement) Geld aus dem 15-Millionen-Euro-Topf für Kooperationen im Verwaltungsbereich erhalten.
(nim) **Kommentar Seite 44**



Bildungs-Aktivisten wollen mitreden

Schule. Die Bildungsvolksbegehren-Aktivisten rund um Hannes Androsch wollen Mitsprache bei Verhandlungen zum Thema Schule.



Rektor Engl für Umsetzung der Androsch-Vorschläge =



Wien (OTS) - In den laufenden Regierungsverhandlungen kommen zunehmend die Forschungs- und Wissenschaftsthemen zur Sprache. "Dies ist ein wichtiges Signal für die Zukunft Österreichs", so Rektor Heinz W. Engl. Die neuen Vorschläge von Dr. Androsch begrüßt Rektor Engl. Starke Universitäten sind entscheidend für die Dynamik des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes.

"Die Vorschläge von Dr. Androsch sind sehr bemerkenswert, ich stehe ihnen positiv gegenüber", so Rektor Heinz W. Engl. Die Vorschläge umfassen die Aufstockung der Unimittel um 260 Millionen Euro. Jährlich. "Auch der Vorschlag die Bundesgebäude den Universitäten zu übertragen, wäre ein weiterer guter Ansatz, die Autonomie der Universität auszubauen und die finanzielle Position der Universität zu stärken". Zur Autonomie gehört auch Verantwortung. Die Universität Wien hat in den letzten Jahren ihre Strukturen so modernisiert, dass derartige Aufgaben jederzeit von der Universität übernommen werden können.

Die Universität Wien hat in den vergangenen zehn Jahren bewiesen, dass sie die durch die Autonomie übertragenen Gestaltungsspielräume nutzt. In neuen Programmen, wie etwa dem ERC-Programm, ist die Universität Wien sehr erfolgreich. "Wir sind da im europäischen Vergleich überdurchschnittlich und gehören zu den führenden Universitäten. Wir wollen in diesem Bereich weiter ambitioniert arbeiten. Dafür brauchen wir auch die entsprechenden Rahmenbedingungen von der Politik", so Rektor Engl. Die Vorschläge der Universitäten für das Regierungsprogramm sind kommuniziert. Diese reichen von der Stärkung der Finanzierung der Grundlagenforschung bis zur Umsetzung der Studienplatzfinanzierung. Eine der entscheidenden Aufgaben im nächsten Regierungsprogramm ist die Fixierung eines Stufenplanes zur Erreichung des Ziels, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den tertiären Bildungsbereich zu investieren.

~

Rückfragehinweis:

Universität Wien, Pressesprecherin,
Mag. Cornelia Blum
Tel.: T +43-1-4277-100 12, M +43-664-602 77-100 12
<mailto:cornelia.blum@univie.ac.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/221/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0130 2013-10-31/13:04

311304 Okt 13